

Statement em.Univ.Prof. Dr.Dr.h.c. Helga Kromp-Kolb

Vor einigen Jahren bat mich ein Student an der Universität für Bodenkultur um die Möglichkeit am Institut als wissenschaftlicher Assistent mitarbeiten zu dürfen. Ich kannte den Studenten als einen Klimaleugner, der sich bei jeder Diskussion über Klimathemen öffentlich zu Wort meldete, und vermeintliche Gegenbeweise vorlegte. Ich fragte etwas befremdet, wie er sich das vorstelle? Und er meinte vollkommen zurecht, gerade jemand, der Wissenschaft ernst nehme, - und ich meine, dasselbe gilt für Politik - müsse an Kritik im eigenen Hause interessiert sein.

Kritikfähigkeit ist ein Kernpunkt der Wissenschaft und auch der Demokratie. Offene Diskussion über Denkansätze, Werte und Maßnahmen gehört dazu: Diese Diskussion muss auch öffentlich sein, damit sich die Bevölkerung auf Basis der vorgetragenen Argumente eine Meinung bilden kann. In diese Diskussion müssen alle eingebunden werden, auch jene, deren Positionen man nicht teilt – wäre es sonst eine offene Diskussion?

In diesem Sinn verstehe ich auch die heutige Pressekonferenz. Ich möchte ich in die Diskussion um die Politik in NÖ, insbesondere die Klimapolitik, folgendes einbringen:

Unter den Klimawissenschaftler:innen wird derzeit diskutiert, ob neue Beobachtungen und neue Berechnungsergebnisse uns zwingen, unsere bisherigen Aussagen zu revidieren, und zwar hinsichtlich der Geschwindigkeit der Erwärmung und ihrer Folgen. Es steht zu befürchten, dass wir die meteorologischen Prozesse unterschätzt haben, dass Veränderungen viel schneller kommen, als wir bisher dachten, und sehr große Umwälzungen viel früher über uns hereinbrechen könnten, so dass sie nicht nur zukünftige Generationen, sondern auch die jetzt Lebenden betreffen. Nicht nur könnten die globalen Temperaturen künftig schneller steigen, sondern der Atlantik-Ast der großen ozeanischen Zirkulation könnte zum Erliegen kommen, und dadurch Europa kälter, trockener und stürmischer werden. Gleichzeitig würde der Amazonas Regenwald, die grüne Lunge der Erde, zusammenbrechen. Wenn dieser stabilisierende Faktor des Weltklimas fehlt, sind die klimatische Veränderungen in Europa sekundär, weil Verteilungs- und Überlebenskämpfe weltweit Chaos und Gewalt mit sich bringen würden.

Es kann jetzt nicht darum gehen, das Ergebnis der wissenschaftlichen Diskussionen abzuwarten, sondern es geht darum, diese möglichen Entwicklungen durch beschleunigte Schutzmaßnahmen um jeden Preis zu verhindern. Wenn wissenschaftlich Gewissheit herrscht, mag es für präventive Maßnahmen zu spät sein.

Klimaschutz kann nicht auf einer abstrakten Ebene erfolgen, Klimaschutz setzt Maßnahmen in jedem Haushalt, in jeder Gemeinde und in jedem Bundesland voraus. Wenn wir heute von Niederösterreich reden, dann geht es darum klassische politische Rücksichten hintanzustellen, und das zu tun, was die Gegenwart und die Zukunft erfordern: Nicht mehr Individualverkehr, sondern weniger, nicht mehr Straßen sondern weniger, nicht Radwege für den Tourismus, sondern sichere Radwege für den Alltag, nicht mehr Bodenverbrauch, sondern weniger, nicht noch so lukrative Gasbohrungen sondern Windräder und PV-Anlagen, usw. Und zugleich, vorausschauende Anpassung an die unausweichlichen Klimaänderungen – Schutz vor Hitze, vor Hochwässern, forstlichen und landwirtschaftlichen Schädlingen. All das bei gleichzeitigem Biodiversitätsschutz und gekoppelt mit notwendigen sozialen Verbesserungen. Ich habe keinen Zweifel, dass auch die NÖ Landesregierung weiß, dass dies alles Not tut, wenn es auch Abstimmungsbedarf hinsichtlich Reihung, Ausmaß, Art der Umsetzung gibt. Das Ziel ist klar, Wege dorthin gibt es verschiedene – alle Maßnahmen aus unterschiedlichen Gründen abzulehnen, führt nicht zum Ziel.

Ich habe mich kürzlich für eine Volksabstimmung zur Umfahrungsstraße Wr. Neustadt eingesetzt, weil ich überzeugt bin, dass Klimaschutz und Demokratie Hand-in-Hand gehen müssen. Gute demokratische Entscheidungen setzen allerdings informierte Wähler:innen voraus, d.h. auch zugängliche sachliche Information aus verschiedenen Blickwinkeln und systemisch eingebettet. Das müsste die Bundesregierung und jede Landesregierung sicherstellen - wie immer die jeweils eigene

Position. Seitens der Klimawissenschaftler:innen in Österreich, insbesondere des Climate Change Center Austria (CCCA), wird alles getan, dies zu ermöglichen, und wenn in NÖ zusätzlicher Bedarf besteht, werden wir versuchen, ihn bestmöglich zu decken. Aus Diskussionsbemerkungen bei einer kürzlich Veranstaltung im Waldviertel entnehme ich, dass es bei der Abstimmung über die Aufstellung von Windrädern im Wald diesbezüglich Defizite gegeben hat.

Dass Niederösterreich jetzt nicht vor dem Problem steht, Atommüll entsorgen zu müssen, die Sicherheit eines Kernkraftwerks in einem zunehmend gewaltbereiten Umfeld sicherstellen zu müssen, verdankt es der Zivilgesellschaft, die sich damals vehement gegen den Bau des Kernkraftwerkes Zwentendorf eingesetzt hat – für das alle erforderlichen Genehmigungen bereits erteilt waren. Gerade diesem Bundesland stünde es daher gut an, zivilgesellschaftliche Aktivitäten, und seien sie noch so lästig, als Teil des demokratischen Repertoires anzuerkennen und zu fördern, solange sie gewaltfrei bleiben.

Klimaschutz erfordert eine mutige Regierung, die alles dransetzt, Akzeptanz für notwendige Maßnahmen zu schaffen, eine vorausschauende Wirtschaft, die auch in 20 Jahren national und international noch erfolgreich sein möchte und eine reife Bevölkerung, die bereit ist zugunsten längerfristiger Ziele, kurzfristig Unbequemlichkeiten und Gewohnheitsänderungen in Kauf zu nehmen. In Niederösterreich haben Wirtschaftstreibende und die Bevölkerung in zahlreichen Regionen und Gemeinden bewiesen, dass sie nachhaltig denken und handeln können. Nach einem Jahr der Findung wäre es an der Zeit, dass die Landespolitik nicht nur diese Firmen und Gemeinden unterstützt, sondern die Rahmenbedingungen für klimafreundliche Entscheidungen für alle schafft.

Die Dringlichkeit, gegen die Klimakrise vorzugehen, wird immer deutlicher. Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung über Parteigrenzen und über politische Ebenen hinweg. Suchen wir das Gespräch – dann werden wir alle Teil der Lösung.

Wien, 2024.03.21